



II-2517 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
 BUNDESKANZLERAMT
 Bundesministerin
 für Frauenangelegenheiten
 JOHANNA DOHNAL

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1
 Tel. (0222) 531 15/0
 Fernschreib-Nr. 1370-900
 Telefax-Nr. (0222) 531 15/2869
 DVR: 0000019

Zl. 353.290/13-I/6/91

24. Juni 1991

An den
 Präsidenten des Nationalrats
 Dr. Heinz FISCHER

979/AB

Parlament
 1017 W i e n

1991 -06- 25

zu 1081 IJ

Sachbearbeiterin

Klappe/Dw.

Ihre GZ/vom

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.Soz.Arb. Srb und FreundInnen haben am 14. Mai 1991 unter der Nr. 1081/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Einstellung von behinderten Menschen nach dem Behinderteneinstellungsgesetz gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wie hoch ist die Pflichtzahl für den Bereich Ihres Ministeriums für 1991?
2. Wie hoch ist die Anzahl der tatsächlich besetzten Pflichtstellen in dem unter Pkt. 1 angeführten Bereich im Kalenderjahr 1991?
3. Wie hoch ist die Anzahl der offenen Pflichtstellen in Ihrem Bereich für 1991?
4. Wie hoch war die Ausgleichsabgabe, die für den Bereich Ihres Ministeriums im Jahr 1990 an den Ausgleichstaxfonds geleistet werden mußte?
5. Sind Sie als die für Ihr Ministerium politisch Verantwortliche grundsätzlich bereit, sich verstärkt für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen gerade in Ihrem Bereich einzusetzen und somit den anderen Bundesministerien mit gutem Beispiel voranzugehen?
 Wenn nein, warum nicht?

- 2 -

6. Welche konkreten Maßnahmen haben Sie in dieser Causa im vergangenen Jahr gesetzt?
7. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie in dieser Causa setzen?
8. Wann werden Sie diese konkreten Maßnahmen setzen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Eine Beantwortung dieser Fragen ist mir nicht möglich, da meinem Wirkungsbereich kein eigener Personalstand zugeordnet ist. Meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gehören dem Personalstand des Bundeskanzleramtes an. Ich darf daher auf die Anfragebeantwortung des Herrn Bundeskanzlers zu Anfrage Nr. 979/J verweisen.

Zu Frage 4:

Der Dienstgeber Bund wird als eine Einheit angesehen und gegenüber dem Ausgleichstaxfonds vom Bundeskanzler vertreten. Ich darf auch hier auf die Anfragebeantwortung des Herrn Bundeskanzlers zu Anfrage Nr. 979/J verweisen.

Zu den Fragen 5 bis 8:

Weder ist mir, wie schon erwähnt, ein eigener Personalstand zugeordnet noch gehören Fragen der Behinderten zu dem mir übertragenen Aufgabenbereich. Ich sehe es aber als meine prinzipielle Aufgabe an, mich für die sozial Schwachen politisch stark zu machen. Insofern werde ich mich immer dort, wo es mir möglich ist, auch für die Interessen der Behinderten einsetzen.

